

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/186

29. September 1971

Soziale Sicherung - das Gebot unserer Zeit

CDU/CSU muß überholte Vorstellungen aufgeben

Von Helmut Rohde SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Wer liquidiert Deutschland?

Notwendige Antwort an den BdV-Präsidenten
Dr. Czaja CDU-MdB

Von Ernst Paul
Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-
Gemeinde

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

Ein Schritt zur Chancengleichheit

Bundesausbildungsförderungsgesetz wird
wirksam

Seite 5 / 46 Zeilen

Eine tapfere Frau

Amelia Fleming, Symbol des griechischen
Freiheitswillens

Seite 6 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-39
Telex: 886 949/886 947
886 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Soziale Sicherung - das Gebot unserer Zeit

CDU/CSU muß überholte Vorstellungen aufgeben

Von Helmut Rohde SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

In der Debatte über den Sozialbericht der Bundesregierung hat die CDU/CSU von einem ihrer Leitmotive Abschied nehmen müssen, das in den 60er Jahren ihr Handeln beeinflusst hat: sie kann es heute nicht mehr wagen, mit engen Versicherungspflichtgrenzen die soziale Daseinsvorsorge in unserem Land zu kontingentieren und die Institutionen der sozialen Sicherheit für ganze Gesellschaftsgruppen zum Sperrbezirk zu erklären. Durch die gesellschaftliche Entwicklung und unter dem Einfluß der Politik der sozialliberalen Koalition ist inzwischen die soziale Sicherung auf den Weg gekommen, zum Angebot für alle Bürger in unserem Land zu werden. Dafür wurden in den letzten zwei Jahren Akzente gesetzt:

- 1/ Rund zehn Millionen Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studenten wurden in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen.
- 2/ Die gesetzliche Krankenversicherung wurde für alle Angestellten eröffnet, die im übrigen durch Gesetz auch den Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag erhalten.
- 3/ Der Anwendungsbereich der Agrarsozialpolitik wird ausgedehnt.
- 4/ Für die Zukunft soll die Rentenversicherung für Selbständige, Hausfrauen und andere Gruppen geöffnet werden.

Schritt für Schritt wird auf diese Weise im Einklang mit der wirtschaftlichen, finanziellen und allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung die Politik einer umfassenden und leistungsfähigen sozialen Sicherheit vollzogen.

So lange die CDU/CSU Regierungspartei war, sah es auf diesem Felde anders aus:

- 1/ 1957 hat sie bei der Rentenreform strikt gegen eine Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und andere Personen-

gruppen gestimmt. Damals war sie noch von der Idee enger Versicherungsgrenzen beherrscht. Die Folge davon ist, daß heute eine große Zahl von Selbständigen und ähnlichen Gruppen keine oder nur unzulängliche Ansprüche auf Rente im Alter besitzen. Das wirkt noch heute auf das Rentenniveau in unserem Land ein.

2/ In den 60er Jahren hatte der damalige Bundesarbeitsminister der CDU die gesetzgeberische Absicht, die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung auf 750 DM allgemein zu begrenzen und darüber hinaus auch noch festzulegen, daß in aller Regel bei einem Verdienst über 1.250 DM noch nicht einmal mehr die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse erlaubt werden sollte. Das war gleichsam der Versuch, die Dynamisierung nach unten in der deutschen Sozialversicherung einzuführen. Denn bei steigenden Löhnen und Gehältern wären dann in zunehmendem Maße große Gruppen der Arbeitnehmerschaft aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschieden. Das hätte schwerwiegende Konsequenzen für die Leistungskraft der sozialen Krankenversicherung haben müssen. Es wäre gar nicht mehr zu erkennen gewesen, wie unter einer solchen Voraussetzung überhaupt eine wirkungsvolle Gesundheitsvorsorge für die Millionen Arbeitnehmer hätte organisiert werden können. Es ist ein Glück für die deutsche Sozialpolitik, daß sich die CDU damit in den 60er Jahren nicht durchsetzen konnte.

3/ CDU-Arbeitsminister der 60er Jahre haben parlamentarische Aufträge zur Öffnung des sozialen Sicherungssystems, z.B. durch Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Unfallversicherung, nicht erfüllt.

In der letzten Sozialdebatte des Bundestages versuchten die Sprecher der CDU/CSU, sich mit Ignoranz der Sachverhalte und der gesellschaftspolitischen Entwicklung aus der Situation zu ziehen. Sie wußten ganz genau, warum sie nicht eine Konfrontation ihrer Konzeptionen der 60er Jahre mit den Weichenstellungen der neuen Bundesregierung vornehmen wollten. Wenn Millionen von Menschen neue Angebote für soziale Sicherheit erhalten, wie das durch die Beschlüsse der heutigen Regierungskoalition eingeleitet worden ist, wenn enge Versicherungsgrenzen abgebaut und die soziale Daseinsvorsorge ausgebaut wird, dann ist das eine wichtige Etappe gesellschaftlicher Entwicklung. Sie ist über die CDU/CSU-Programmatik der 60er Jahre hinweggegangen.
(-/wr/29.9.1971/buy)

- + +

Wer liquidiert Deutschland?

Notwendige Antwort an den BdV-Präsidenten Dr. Czaja CDU-MdB

Von Ernst Paul

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde

Herr Dr. Herbert Czaja ist ein fleißiger Mann. Seitdem er Präsident des Bundes der Vertriebenen geworden ist, wuchs sein Aufgabenbereich, aber auch seine Verantwortung. Daß er sich als Abgeordneter des Bundestages bei seiner Partei beliebt und um sie verdient machen will, sei Herrn Czaja zugebilligt. Auch daß er seine Feindschaft zur SPD nicht verbergen kann, ist hinzunehmen. Nicht gestattet sollte es jedoch sein, daß ein Mann, der außer Germanistik auch Geschichte studiert hat und einmal Assistent an der Universität Krakau gewesen ist, profunde Unkenntnis der Geschichte aufweist.

Da muß man einmal nachlesen, was Herr Czaja in der "Deutschen Umschau", die sich "Offizielles Organ des Bundes der Vertriebenen" nennt, in der Septemбераusgabe schreibt. Der Leser darf sich dabei nicht durch die Länge des Satzes ermüden lassen. Unter der Überschrift "Wird Deutschland liquidiert?" heißt es:

"Was nach der militärischen Kapitulation Deutschlands im Potsdamer Protokoll offenblieb und 25 Jahre lang danach nicht gelang, nämlich die Landkarte Europas so festzuschreiben, wie es die Sowjetunion wollte, soll 1970 bis 1972 verbindlich für alle Bundesbehörden nachgeholt werden: ohne einen tragbaren Kompromiß; ohne einen tragbaren Ausgleich und ohne den Versuch, das Zusammenleben der Deutschen in zeitgemäßen Formen neu zu gestalten, soll Deutschland von den Landkarten verschwinden und als gemeinsamer Staat der Deutschen, wie ihn die Besatzungsmächte in seinen anerkannten Grenzen noch erhalten wollten, ausgelöscht werden. Nunmehr versuchen nicht nur der Ostblock, sondern auch die Koalition von SPD und FDP und die Regierung im freien Teil Deutschlands die Bundesrepublik von ganz Deutschland politisch und rechtlich abzuspalten."

Und dann kommt immer wieder - noch mit Fragezeichen versehen - die Behauptung, daß die von SPD und FDP geführte Bundesregierung "Deutschland liquidiere".

In der Tat, die Gefahr, daß Deutschland liquidiert werde, war einigemal in der jüngeren Geschichte vorhanden. Wir erinnern uns an das verderbliche Spiel, das Wilhelm II. und seine Regierungen mit Deutschland getrieben haben und das zu einer Minderung der territorialen Größe Deutschlands, zur Inflation und zu jahrelangen drückenden Schuldentzahlungen führte. Die damaligen Retter Deutschlands würden als "Novemberverbrecher" abgewertet, und Friedrich Ebert sind viele Deutsche nicht zu Lobzeiten, sondern erst in der Gegenwart gerecht geworden. Der Bundesgenosse Deutschlands, die Österreich-ungarische Monarchie, ist am Ende jenes Krieges völlig liquidiert worden. Herrn Dr. Czajas Heimatstadt Teschen ist an Polen gefallen, und die Verminderung der Geltung der Deutschen in Oberschlesien begann mit diesem Kriegsende.

In den vierzehn Jahren der Weimarer Republik ragt das Treffen von Briand und Stresemann als ein Leuchtturm der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hervor. Es gab aber auch damals Deutsche, denen diese Politik nicht gefallen hat. Gepeinigt von der Wirtschaftskrise und berauscht von wohlklingenden nationalistischen Tönen, verfiel später ein erheblicher Teil des deutschen Volkes der großdeutschen Phraseologie Hitlers, die nach dem zwölfjährigen Bestand des tausendjährigen Reiches und dem total verlorenen Kriege im verkleinerten und gespaltenen Deutschland von heute endete. Wer sich an den Morgenthau-Plan und ähnliche Kriegsziele gewisser alliierter Kreise erinnert, ist sich dessen bewußt, daß die Liquidierung Deutschlands nur mit knapper Not verhindert worden ist. Eigentlich ist es dem einseitigen Vorgehen der Sowjets zu danken, daß im Westen der Welt die Stellung zum deutschen Volk und seinem demokratischen Teil eine Wandlung erfahren hat. Wir werden heute geachtet - beliebt sind wir noch lange nicht. Auch in demokratischen Kreisen des Westens ist keine ernsthafte Freude an einem deutschen Wiedervereinigungsbestreben zu sehen, und von einer Unterstützung dazu ist erst recht nichts zu bemerken. Das sollte jeder ernsthafte deutsche Politiker wissen und beachten.

Ist dies dem studierten Historiker Dr. Czaja unbekannt, oder stellt er sich nur so unwissend? Natürlich weiß er dies alles, denn er ist nicht nur, wie schon erwähnt, fleißig, sondern auch intelligent. Umso bedauerlicher ist es, daß er eine falsche Fragestellung erfindet. Er sollte wissen, daß die bloße Gegnerschaft gegen die Regierung nicht ausreicht, wenn er sich mit einer Partei, wie es die SPD - die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - ist, beschäftigt. Und es wird sich auch allmählich der BdV mit der Frage befassen müssen, ob ein einseitiger Kampf gegen eine große deutsche Partei sinnvoll ist.

(-/wr/29.9.1971/bgy.

Mit unwesentlichen Kürzungen der letzten Ausgabe der "Brücke" entnommen.

Ein Schritt zur Chancengleichheit

Bundesausbildungsförderungsgesetz wird wirksam

Mit dem 1. Oktober 1971 tritt das neue 'Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung - Bundesausbildungsförderungsgesetz' in Kraft. Gegenüber dem abgelösten 'Ausbildungsförderungsgesetz vom 1. Juli 1970' weist es eine Reihe wesentlicher Verbesserungen auf. Die beiden bisher unterschiedlich gewachsenen Förderungssysteme, des 'Honnefer-Modells' und des zweiten Bildungsweges werden in dem neuen Gesetz zusammengeführt. Die Förderungsbedingungen sind vereinheitlicht, vereinfacht und erweitert, die Finanzmittel sind aufgestockt worden. Im Vergleich zum 'Honnefer-Modell' stehen allein für Studenten im Jahr etwa 100 Millionen Mark mehr Mittel zur Verfügung. Die Zahl der Geförderten wird sich um 20.000 erhöhen. Es ist damit zu rechnen, daß über 200.000 Schüler und 160.000 Studenten ab 1. Oktober 1971 nach dem neuen Gesetz aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Im Finanzplan für das Jahr 1972 sind die Förderungsmittel global mit 1,066 Milliarden Mark ausgewiesen.

Die Ausbildungsförderung wird nach dem Paragraphen 8 geleistet an: 1/ Deutsche im Sinne des Grundgesetzes; 2/ heimatlosen Ausländern; 3/ Ausländern, die ihren Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben und als Asylberechtigte anerkannt sind; 4/ anderen Ausländern, die in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Ausbildung oder wenn ein Elternteil in den letzten drei Jahren vor Beginn des Bewilligungszeitraumes sich im Geltungsbereich des BaföG rechtmäßig aufgehalten haben.

Es ist damit zu rechnen, daß 2.000 - 3.000 Ausländer in den Genuß der Förderungsmittel kommen werden. Durch das Gesetz werden somit auch Gastarbeiter oder deren Kinder in den förderungsfähigen Kreis einbezogen; dieser Gesetzesteil wird noch novelliert. Die Erweiterung des Gesetzes auf diese Kreise wird dazu beitragen, nicht nur Talente aus deren Mitte zu fördern, sondern auch mithelfen, unnatürliche Schranken, die in sozialen oder ethnischen Ursachen begründet sind, abzubauen. Die Leistungen sind im Paragraphen 11 niedergelegt: Als monatlicher Bedarf gelten für Schüler 1/ von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen ab Klasse 10 sowie Fachoberschulen = 160 Mark; 2/ von Abendhochschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und Fachschuloberklassen = 320 Mark; Wenn der Schüler nicht bei den Eltern wohnt, erhöhen sich die Beträge zu 1/ auf 320 und zu 2/ auf 380 Mark.

Den Bedarf für Studierende regelt Paragraph 13. Als monatlicher Bedarf gelten für Auszubildende an: 1/ Fachschulen, Abendgymnasien und Kollegs = 280 Mark; 2/ höhere Fachschulen, Akademien und Hochschulen = 300 Mark. Die Beträge erhöhen sich, wenn der Auszubildende bei den Eltern wohnt um 40, wenn er nicht bei den Eltern wohnt um 120 Mark. Mit diesem Gesetz ist ein weiterer Schritt zur Chancengleichheit im Bildungswesen von der sozialliberalen Regierung durchgesetzt worden. Weitere werden folgen. (wr/wr/29.9.1971/ks)

+ + +

Eine tapfere Frau

Amelia Fleming, Symbol des griechischen Freiheitswillens

Dr. Amelia Fleming, Ärztin und Bakteriologin, Frau des verstorbenen Nobelpreisträgers Alexander Fleming, der 1928 das Penicillin entdeckte, wurde in Athen von einem Militärtribunal zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die heute 62jährige Griechin kämpft nicht zum erstenmal in ihrem Leben gegen den Faschismus. Als Griechenland während des Zweiten Weltkrieges durch deutsche Truppen besetzt war, brachte sie unter Einsatz ihres Lebens Widerstandskämpfer durch die Kampflinien ins Ausland. Nur die Wärrer der letzten Kriegswochen bewahrten sie, nachdem sie von der Gestapo gefaßt und zum Tode verurteilt worden war, vor dem Tod.

Jetzt wurde Dr. Amelia Fleming in Athen angeklagt, die Befreiung Alexander Panagoulis aus einem Lager in Griechenland und seine Flucht ins Ausland betrieben zu haben. Lady Fleming bekannte sich schuldig, weil Panagoulis, der wegen eines Attentatsversuches auf den Chef der griechischen faschistischen Militärjunta Papadopoulos 1968 zum Tode verurteilt worden war, gefoltert wurde und acht Monate lang mit gefesselten Händen auf dem Boden seiner Zelle liegend habe dahinvegetieren müssen. Amelia Fleming, die an Zuckerkrankheit leidet, und ihre vier Mitangeklagten, eine Frau und drei Männer, sind ein weiterer Beweis dafür, daß die Machthaber in Athen den Widerstand aus allen Schichten der Bevölkerung mit allen Mitteln brechen wollen. Lady Fleming dokumentierte durch ihr mutiges Auftreten vor den Militärrichtern, daß der Widerstandswille des griechischen Volkes ungebrochen ist. Mit ihrer Erklärung, schuldig zu sein, trifft die 62jährige Ärztin die Offiziersjunta an einer empfindlichen Stelle. Durch ihre Unbeugbarkeit zwingt sie die griechischen Faschisten ohne Winkelzüge und ohne Verschleierung, vor den Augen des griechischen Volkes und vor der Weltöffentlichkeit die Mißachtung der elementarsten menschlichen Grundsätze offen zu verteidigen. Lady Fleming ist hier stellvertretend für alle angeklagt, ob in Griechenland oder in der ganzen Welt, die sich Lord Byrons Ausspruch zu eigen gemacht haben, "ein Hundsfott, wer sich nicht für die griechische Freiheit einsetzt".

Klaus Vater
(-/wr/29.9.1971/ogy)